

Antrag

der Abgeordneten Mag.a Indra Collini gemäß § 32 LGO 2001

betreffend: Ausgabengrenze für Regierungsinserate und Medienkooperationen

Für saubere Politik braucht es maximale Transparenz und Nachvollziehbarkeit!

Diesen Anspruch haben wir für uns selbst ebenso wie für andere Parteien und staats- und landesnahe Betriebe. Noch immer sind wir NEOS die einzige Partei für die völlige Transparenz im Umgang mit öffentlichen Mitteln 365 Tage im Jahr eine Selbstverständlichkeit ist. Doch für ein wirklich sauberes Österreich braucht es noch mehr: Wir wollen die Sümpfe aus Abhängigkeitsverhältnissen und Freunderlwirtschaft trockenlegen, endlich für transparente Parteikassen sorgen und die Inseratenpolitik der Landesregierung offenlegen und eine Bremse einziehen. Die Notwendigkeit dazu erklärt sich aus den Ereignissen der jüngsten Vergangenheit eigentlich von selbst!

Beim Thema Transparenz hat Österreich viel Aufholbedarf. Über Jahrzehnte hinweg hat ein allumfassender Parteienstaat überall Sümpfe struktureller Korruption entstehen lassen. Es zählt meistens nicht, was man kann, sondern wen man kennt. Die größten Herausforderungen sind offensichtlich und bereits international bekannt: Österreich hat als letztes Land der Europäischen Union noch ein in der Verfassung verankertes Amtsgeheimnis. Im „Global Right to Information Ranking“ belegt Österreich unter 123 Nationen den vorletzten Platz. Das unterstreicht noch einmal die Wichtigkeit, Österreich im Sinne der Bürger_innen transparenter zu machen. Steuergeld sollte nur unter starker Kontrolle und zu möglichst wirtschaftlichen Konditionen von der öffentlichen Hand ausgegeben werden.

Daher müssen auch Werbeausgaben, die unter dem Deckmantel der "Bürger_innen-Information" laufen, drastisch reduziert werden.

Im Gegenzug muss die Presseförderung, die journalistische Arbeit nach Qualitätskriterien fördert, erhöht werden, damit unsere Medien frei, unabhängig und objektiv als wesentliche Säule der Demokratie berichten können.

Auch als Oppositionspartei wissen wir: Jede Regierung braucht Werbeausgaben, um über ihre Arbeit zu informieren. Leider ist es in Österreich jedoch üblich, dass Regierungen viel Steuergeld für Eigenwerbung ausgeben. Zum Vergleich: In Deutschland leben 10-mal so viele Menschen wie in Österreich. Gleichzeitig investiert Österreich insgesamt rund das Doppelte an Steuergeld für Werbung und PR. Auch in Niederösterreich finden wir eine Situation vor, in der in unzähligen Hochglanzmagazinen sowie Beilagen in den Printmedien Mitglieder der niederösterreichischen Landesregierung Eigenwerbung bzw. Werbung für landesnahe Unternehmen platzieren. Hier muss es eine Obergrenze für Ausgaben geben.

Die Gefertigte stellt daher den

Antrag:

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

„Die Landesregierung wird aufgefordert eine Deckelung der Regierungsausgaben für Werbung und Inserate einzuführen und die vereinbarte Deckelung dem hohen Landtag zur Diskussion und Kenntnisnahme im Rahmen der Budgetsitzung zu übermitteln.“

Der Herr Präsident wird ersucht, diesen Antrag (mit Gesetzentwurf) dem Rechts- und Verfassungs-Ausschuss zur Vorberatung zuzuweisen.